

23. November 2007

P R E S S E E R K L Ä R U N G

Zentralrat verlangt vom BKA verstärkte Maßnahmen gegen Rassenpropaganda durch Neonazis im Internet

Vereinbarung zwischen Behörden und Medienindustrie gefordert

In einem Schreiben an Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und BKA-Präsident Jörg Ziercke verlangte heute der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, eine Vereinbarung der Behörden und Medienindustrie auch zur Bekämpfung volkshetzender Rassenpropaganda auf Neonazi-Seiten im Internet. Auf der Herbsttagung des BKA war gestern eine entsprechende Vereinbarung des BKA, der Freiwilligen Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter (FSM), des Verbandes der Internet-Wirtschaft (eco), des „jugendschutz.net“ und der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) zur Bekämpfung der Kinderpornographie abgeschlossen worden. Darüber hinaus müsse auf internationaler Ebene eine Aufsichtsstelle eingerichtet werden, die Befugnisse zur Indizierung/Verbotsverfügung für Seiten mit strafbaren rassistischen Inhalten haben muss, und die Möglichkeit bekommen sollte, das Internet laufend zu überwachen, so Rose.

Die Propaganda durch Rechtsextremisten im Internet, die sich gezielt auch gegen Sinti und Roma richtet, und in deutscher Sprache über die normalen Suchmaschinen (wie „google“) erreicht werden kann, habe in ihrer bedrohlichen Qualität zugenommen, , schrieb Rose an Schäuble und Ziercke. Zum Beispiel sei zuletzt in dem „Forum Großdeutsches Vaterland“ zur „Sonderbehandlung“ der „Zigeuner“ aufgefordert worden, was in der Sprache der Nationalsozialisten den Tod in den Gaskammern bedeutete. Rose wies darauf hin, dass Strafanzeigen regelmäßig innerhalb weniger Tage von den Staatsanwaltschaften eingestellt würden mit dem Hinweis, Täter könnten nicht ermittelt werden, weil eine Steuerung über ausländische Server erfolge. Von Seiten der Strafverfolgungsbehörden erfolgten jeweils auch keine Schritte, um entsprechend volksverhetzende Internet-Seiten zu sperren, so Rose. Was bezüglich anderer Kriminalität im Internet unternommen wird, müsse zum Schutz der Gesellschaft auch gegen Rassenpropaganda und Volksverhetzung unternommen werden. Dafür gebe es eine Verantwortung aus der jüngsten deutschen Geschichte, schrieb Rose.